

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten der Grünen des Oberösterreichischen Landtags betreffend Sofortiger Ausbau von Park-and-Ride im Linzer Umland

Gemäß § 25 Abs. 7 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, dem Oö. Landtag umgehend einen konkreten Umsetzungs- und Finanzierungsplan für den Ausbau von Park-and-Ride-Anlagen im Umland von Linz vorzulegen. Für eine zeitnahe Umsetzung sollen dafür die Umlandgemeinden von Linz sowie die Landeshauptstadt selbst rasch zu Gesprächen über eine gerechte, gebietskörperschaftsübergreifende Finanzierung eingebunden und die dafür notwendigen Budgetmittel in den Antrag für den Voranschlag 2018 aufgenommen werden.

Begründung

Jeden Tag pendeln rund 110.000 Menschen nach Linz, 75 Prozent davon mit dem PKW. Die Folge sind Staus, Ärger bei PendlerInnen und LinzerInnen, schlechte Luft und Lärm. Während jahrelang versprochene Projekte des ÖPNV immer wieder verzögert werden, wird die Situation nunmehr durch den Wegfall des Parkplatzes am Urfahrner Jahrmarkt erneut verschärft.

Wir brauchen aber endlich verbesserte Alternativen zur Fahrt mit dem Auto nach Linz – das beinhaltet einen attraktiven ÖPNV und ein funktionierendes Park-and-Ride-System. Eine Studie im Auftrag des Landes OÖ zeigt, dass mit mittlerem Aufwand alleine entlang der Summerauerbahn und der Mühlkreisbahn 1.000 neue Parkplätze für PendlerInnen errichtet werden können. Auch entlang der wichtigsten Buslinien besteht darüber hinaus noch hohes Potential für PendlerInnen-Parkplätze.

Das derzeitige Park-and-Ride-Finanzierungsmodell, wonach ÖBB-Park-and-Ride-Anlagen zu 50 Prozent von den ÖBB und zu je 25 Prozent von den Standortgemeinden bzw. vom Land OÖ finanziert werden, führt auf Grund der teilweise erheblichen finanziellen Belastung für die Gemeinden zu Verzögerungen bei der Realisierung.

Ziel muss daher sein, ein Finanzierungsmodell zu erarbeiten, das alle Stakeholder wie Gemeinden, Land, ÖBB und andere Verkehrsunternehmen in die Verantwortung miteinbezieht, um eine gerechte Verteilung des finanziellen Aufwands sicherzustellen.

Linz, am 14. September 2017

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Mayr, Schwarz, Hirz, Kaineder, Buchmayr, Böker